

Sammlungen

HEARING ZUM STAND DER PLANUNGEN DER BERLINER MUSEEN

Am 14. Oktober 1991 stand das zukünftige Schicksal der Berliner Museen auf der Tagesordnung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten im Berliner Abgeordnetenhaus. Die in den zurückliegenden Monaten von den Medien kritisch kommentierten Planungen wurden damit zum ersten Mal öffentlich zur Diskussion gestellt. Es verwundert ein wenig, daß die gewählten Repräsentanten sich erst so spät – immerhin über ein halbes Jahr nach dem Beschluß des Stiftungsrates – in die Debatte einschalten: Die künftige Gestalt der Staatlichen Museen wird schließlich in erheblichem Maße das Gesicht der deutschen Hauptstadt prägen. Immerhin spürten mittlerweile zumindest die Mitglieder des Kulturausschusses Unbehagen am derzeitigen Stand und an den weiteren Perspektiven der Museumsplanung. Bereits die Tatsache, daß die Sitzung zustandekam, ist als wachsende Kritik auch am Verhalten des Kultursenators Roloff-Momin zu werten, der bei den bisher getroffenen Entscheidungen nicht die glücklichste Rolle gespielt hat.

Der Kulturausschuß hatte als Sachkundige nicht nur den Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Werner Knopp, sowie die beiden Generaldirektoren, Wolf-Dieter Dube und Hans-Günther Schade, geladen, sondern auch Gegner und Kritiker der bisher vorgelegten Planungen – darunter Mitarbeiter der Museen, die in einem alternativen Konzept entschiedene Gegenvorstellungen zu der im letzten Herbst von den Generaldirektoren vorgelegten Denkschrift entwickelt hatten.

Nachdem zu Beginn der Sitzung der Museumsleitung ausführlich Gelegenheit gegeben wurde, die unter ihrer Verantwortung getroffenen Entscheidungen zu begründen und zu verteidigen, überwog bei sämtlichen danach angehörten Sachverständigen die Kritik. Beeindruckend wirkte das Plädoyer Otto von Simsons, den seit 1830 mit Verstand und Liebe zur Sache aufgebauten Organismus der Berliner Museumsinsel nicht leichtfertig zu zerschlagen. Gewarnt wurde vor dem Ausbreiten einer archäologischen Monokultur, die zwangsläufig zu Lasten der nachantiken abendländischen Kunst gehen müsse – dies um so mehr, als selbst Werner Knopp einräumte, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch kein schlüssiges Konzept für das Bode-Museum erarbeitet sei. Freilich fällt es schwer, sich ein solches Konzept vorzustellen, wenn nach wie vor an der Errichtung der Gemäldegalerie am Kemperplatz festgehalten wird, die, da lediglich für die bisher in Dahlem gezeigten Bestände geplant, zwangsläufig für die wieder zu vereinigende Sammlung zu klein sein wird. Die Möglichkeit, der Skulpturengalerie das Bode-Museum zur alleinigen oder überwiegenden Nutzung zu überlassen, widerspricht der Idee des Baus: Er ist für eine gemeinsame Präsentation von Gemälden und Skulpturen geplant und errichtet worden, eben-

so wie der Nordflügel des Pergamonmuseums, das früher sogenannte „Deutsche Museum“, das nunmehr ganz den archäologischen Sammlungen gewidmet werden soll. Anlaß zum Staunen gab, daß es innerhalb der Museen nie Gespräche zwischen Kunsthistorikern und Archäologen gab, in denen über eine gemeinsame, den Sammlungen, den Gebäuden und den zukünftigen Besuchern gleichermaßen entgegenkommende Nutzung des Areals hätte nachgedacht werden können. Vor allem hätte bei dieser Gelegenheit gefragt werden müssen, welchen Sinn es haben soll, ausgerechnet das Museum für Ur- und Frühgeschichte im Neuen Museum unterzubringen.

Unbeantwortet blieb auch die Frage, wo die vielleicht doch noch aus der Sowjetunion zurückzugewinnenden Werke zukünftig ausgestellt werden sollen. Insgesamt verfestigte sich der Eindruck, daß die bisher gültigen Projekte durch das Festhalten an obsolet gewordenen westlichen Planungen die Mängelverwaltung perpetuieren. In polemischer Zuspitzung wurden die Bauen am Kemperplatz als Propagandalüge, abgeschwächt als Teil der alt-bundesrepublikanischen Lebenslüge charakterisiert: Dem stets wiederholten Schwur auf die wiederzuerlangende Einheit Deutschlands, der immerhin Niederschlag an dem mauernahen Standort der Gebäude gefunden haben mag, widersprachen deren von vornherein nicht auf Zuwachs berechnete Dimensionen. Als Ausweg aus dem Dilemma zeichnet sich nur eine Lösung ab: Umwidmung des Neubaus der Gemäldegalerie zugunsten einer zukünftigen Nutzung durch die Nationalgalerie – und dies noch vor Baubeginn; ernsthafte Bemühungen um derzeit noch verfügbare Grundstücke in enger Nachbarschaft der Museumsinsel, um den erweiterten Raumbedarf der Museen langfristig zu lösen – insbesondere das Monbijou-Gelände, bis 1945 museal genutzt, bietet sich hier beinahe zwingend an. Als offenes Dilemma zeichnete sich das Schicksal des Kunstgewerbemuseums ab: Der Gutbrodsche Bau am Kemperplatz ist eine architektonische Sünde *sans égal* und, selbstverständlich, für die vereinigte Sammlung zu klein. Die naheliegende Überlegung, das alte Domizil, den sogenannten Gropiusbau, wieder zu beziehen, scheidet zur Zeit an den Ansprüchen der Stadt Berlin, die dieses seit einigen Jahren ihr gehörende Gebäude weiterhin für eigene museale und Ausstellungszwecke nutzen möchte.

Als Fazit der Veranstaltung zeichnete sich ab, daß ein Überdenken des gesamten bisher vorgelegten Konzepts, eine Revision des verhängnisvollen Stiftungsratsbeschlusses unumgänglich sind. Zu hoffen bleibt, daß die wirklich für die ihnen anvertrauten Gegenstände Verantwortlichen, die Kustoden der einzelnen Sammlungen, stärker als bisher in die Entscheidungen eingebunden werden – deutlich genug war jedenfalls die Kritik auch an dem in den Berliner Museen offenkundig üblichen Führungsstil.

Peter Diemer

P.S. In der *Bauwelt* vom 18.10.1991 findet sich das Projekt eines „Hotel Monbijou“ dokumentiert. Das Hotel greift nicht auf das Gelände des ehemaligen Schlosses aus. Dennoch zeigt der Fall mit Deutlichkeit, daß für die Planung der Museen Eile geboten ist und mit welcher Konkurrenz sie zu rechnen haben.